BEBAUUNGSPLAN NR. 01 / 2004
„Radler- und Kanustation Dalmsdorf“

PLANTEIL A

Gemeinde Kratzeburg

SATZUNG DER Gemeinde Kratzeburg
ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 01 / 2004
„Radler- und Kanustation Dalmsdorf“

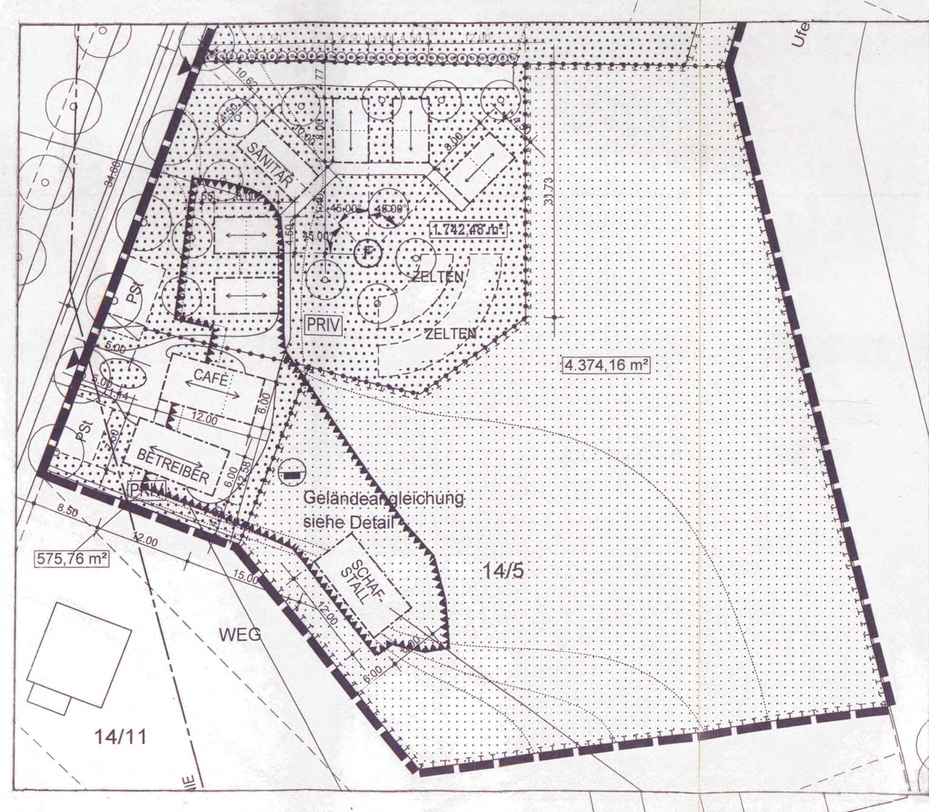
Aufgrund des § 12 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBL. S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23.07.2002 (BGBL. I S. 2850) und § 86 der LBauO M-V in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1998 (GVOBL. M-V S. 468), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 09.08.2002 (GVOBL. M-V S. 531) wird nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Kratzeburg vom 16.08.2003 und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 01 / 2004 - "Radler- und Kanustation Dalmsdorf", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen:

Kratzeburg, den 29.06.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

Gemäß § 84 LBauO kann gegen Ordnungswidrigkeiten gehandelt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer nach § 86 Abs. 1 LBauO erlassenen Satzung zuwiderhandelt, sofern die Satzung einen bestimmten Tatbestand der Bußgeldvorschrift des § 84 LBauO erfüllt.



GELÄNDEANGLEICHUNG M 1 : 500



PLANZEICHENERKLÄRUNG

(gemäß Planzeichenverordnung 1990 - PlanV 90)

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Zeichen	Erklärung	Rechtsgrundlage
SO R+K 1	Sonst. Sondergebiet 1 Radler- und Kanustation Ferienhäuser	§ 11 (1) BauNVO
SO R+K 2	Sonst. Sondergebiet 2 Radler- und Kanustation Kiosk, Info, Empfang	§ 11 (1) BauNVO
SO R+K 3	Sonst. Sondergebiet 3 Radler- und Kanustation Lager, Bootswerkstatt	§ 11 (1) BauNVO
SO R+K 4	Sonst. Sondergebiet 4 Radler- und Kanustation Übernachtungshütten, Zelte (Kurzzeit)	§ 11 (1) BauNVO
SO R+K 5	Sonst. Sondergebiet 5 Radler- und Kanustation Aufsicht, Gaststätte, Café	§ 11 (2) BauNVO
SO R+K 6	Sonst. Sondergebiet 6 Radler- und Kanustation Gemeinschaftsstellplätze	§ 11 (2) BauNVO

MASZ DER BAULICHEN NUTZUNG

Zeichen	Erklärung	Rechtsgrundlage
0,2	Grundflächenzahl GRZ Bezugsfläche: sh. "Textl. Festsetzungen (Teil B)" Pkt. 4.2	§ 9, 1, 1 BauGB § 16 Bau NVO § 19 BauNVO
I + D + H	I Geschoss + Dachgeschoss + Hanggeschoss	§ 20 BauNVO
I	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß	§ 9, 1, 1 BauGB § 16 Bau NVO
FH	Firsthöhe als Höchstmaß	§ 16 BauNVO § 9, 1, 1 BauGB
SD	zulässige Dachform Satteldach	

BAUWEISE, BAULINIE, BAUGRENZEN

Zeichen	Erklärung	Rechtsgrundlage
O	Offene Bauweise	§ 9, 1, 2 BauGB § 22 BauNVO
E (Dreieck)	nur Einzelhäuser zulässig	§ 9, 1, 2 BauGB
↔	Hauptfirstrichtung	§ 9, 1, 2 BauGB
	Baulinie, überbaubarer Bereich, nicht überbaubarer Bereich, Baugrenze	§ 9, 1, 2 BauGB

VERKEHRSFLÄCHEN

Zeichen	Erklärung	Rechtsgrundlage
	Private Wege	§ 9, 1, 11 BauGB
▼	Einfahrt	§ 9, 1, 4 BauGB
	Geh-, Fahr- und Leitungsrecht	§ 9, 1, Nr. 21 BauGB
PSt	Private Stellplätze	§ 9, 1 Nr. 4 und 22 BauGB
GSt	Gemeinschaftsstellplätze	
☒	Gartengeräte, Müll, Gastank	§ 9, 1 Nr. 4 und 22 BauGB

GRÜNFLÄCHEN

Zeichen	Erklärung	Rechtsgrundlage
PRIV	private Grünflächen	§ 9, 1, 15 BauGB

FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN UND ABGRABUNGEN

Zeichen	Erklärung	Rechtsgrundlage
	Flächen für Abgrabungen Geländeangleichung	§ 9 Abs. 1, Nr. 17 und Abs. 6 BauGB

SCHUTZ, PFLEGE UND ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

Zeichen	Erklärung	Rechtsgrundlage
	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 9, 1, 20 BauGB
	Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9, 1, 25 a) BauGB
	Flächen für die Landwirtschaft	§ 9, Abs. 1, Nr. 18 a BauGB
	Anpflanzgebot für Bäume	§ 9, 1, 25 a) BauGB
	Erhaltungsgebot für Bäume	§ 9, 1, 25 b) BauGB
	Erhaltungsgebot für Gehölze	§ 9, 1, 25 b) BauGB
	Heckenanpflanzgebot	§ 9, 1, 25 a BauGB

SONSTIGE PLANZEICHEN

Zeichen	Erklärung	Rechtsgrundlage
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes	§ 9, 7 BauGB
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, von Baugebieten - von der Art der Nutzung - vom Maß der Nutzung	

NUTZUNGSSCHABLONE

SO R+K1	I+D+H
GRZ	0,14
E ,O	DN 45°
FH	6,00 m

Sondergebiet Radler- u. Kanustation 1	1 Vollgeschoss + 1 Dachgeschoss + 1 Hanggeschoss
GRZ	Grundflächenzahl
Einzelhäuser offene Bauweise	Dachneigung 45 °
Firsthöhe maximal	6,00 m

DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

Zeichen	Erklärung
- - - -	bestehende Flurstücksgrenzen
—x—x—	bestehende Einzäunung
100 m	100 m Entfernung vom Gewässer I. Ordnung
	Vermaßung der Baugrenzen
F	Eingehauste Feuerstelle
	bestehende Gebäude

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN (TEIL B)

1. Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 Bau GB)

1.1 Art der Nutzung

1.1.1 Sonstiges Sondergebiet Zweckbestimmung (Fremdenverkehr) Radler- und Kanustation **1** - § 11 Bau NVO

Zulässig sind Ferienhäuser mit Terrasse und die dazugehörigen Nebenanlagen: Lagerraum für Gartengeräte, Zuwegungen, Gastank, Müll.

1.1.2 Sonstiges Sondergebiet Radler- und Kanustation **2** Kiosk / Info / Empfang

Das Sondergebiet dient der Unterbringung von Infrastruktur zur Betreibung der Kanustation.
Zulässig sind:
- Info- und Empfangsgebäude mit Terrasse
- Kiosk mit Überdachung und Vordach, Sitz- und Rastplatz
- Notwendige WC - Anlagen
- Zuwegungen zu den Anlagen und Gebäuden
- Werbeanlagen und Hinweisschilder für die Anlagen im SO
- Nebenanlagen: Lagerraum für Gartengeräte, Zuwegungen, Müll.

1.1.3 Sonstiges Sondergebiet Radler- und Kanustation **3** Lager, Bootswerkstatt

Das Sondergebiet dient der Unterbringung von Dienstleistungen für die Kanustation
Zulässig sind:
- Gebäude für die Unterbringung von Booten
- Bootswerkstatt für kleinere Reparaturen und Ausbesserung der Kanus
- Notwendige Sanitäranlagen

1.1.4 Sonstiges Sondergebiet Radler- und Kanustation **4** Übernachtungshütten und Zelte (Kurzzeit)

Das Sondergebiet dient der Kurzzeitübernachtung von Wasserwanderern, Radfahrern und Wanderern.
Zulässig sind:
- Einfache Übernachtungshütten mit Schlafraum und offener Wohnfläche (Terrasse) sowie Fahrradabstellfläche
- Stellflächen für max. 20 Zelte
- Gebäude für die notwendigen Sanitäranlagen (Duschen und WC)
- Eingehauste Feuerstelle
- Private Kfz - Stellplätze für Kurzzeitparker
- Werbeanlagen und Hinweisschilder für die Anlagen im SO.

1.1.5 Sonstiges Sondergebiet Radler- und Kanustation **5** Aufsicht und Gaststätte / Café

Das Sondergebiet dient der Unterbringung einer Betreiberwohnung und einer kleinen Gaststätte mit Café für die Nutzer der Kanustation, Wasserwanderer, Fahrradwanderer usw..
Zulässig sind:
- Gebäude für die Unterbringung einer Gaststätte / Café
- Gebäude für die Unterbringung einer Betreiberwohnung
- KFZ - Stellplatz für Kurzzeitparker
- Werbeanlagen und Hinweisschilder für die Anlagen im SO
- Nebenanlagen: Lagerraum für Gartengeräte, Müll.

1.1.6 Sonstiges Sondergebiet Radler- und Kanustation **6** Gemeinschaftsstellplätze für die Nutzung des Gebietes SO **1 - 5** und Stellplätze für Wohnmobile

Das Sondergebiet dient der Unterbringung von Gemeinschaftsparkplätzen für Pkw für die Nutzer der SO Erh. und für Stellplätze zum kurzzeitigen Aufenthalt für Wohnmobile (Gäste der Kanustation).
Zulässig sind:
- Stellplätze für PKW und Motorräder
- Stellplätze für Wohnmobile

1.1.7 Private Grünflächen

Die privaten Grünflächen sind entsprechend den grünordnungsrechtlichen Festsetzungen anzupflanzen und auf Dauer zu erhalten.
Innerhalb der mit „PRIV Grünfläche“ gekennzeichneten Fläche sind folgende Anlagen zulässig:
- Zuwegungen zu den Gebäuden und zum vorhandenen Steg
- Terrassen bis zu einer Gesamtfläche von max. 25 m² Fläche jeweils angrenzend an die Gebäude
- Stellflächen für Müllsammelstellen auf den dafür vorgesehenen Flächen

2. Nebenanlagen entspr. § 14 BauNVO

- Nebenanlagen entsprechend § 14 BauNVO sind nur in den dafür vorgesehenen Flächen zulässig. Um eine unerwünschte Bebauung der Grünflächen zu verhindern, werden Flächen mit dieser Zweckbestimmung ausgewiesen.

3. Höhe baulicher Anlagen § 18 (1) BauNVO

Die Oberkante des Fertigfußbodens (FFH) des Erdgeschosses im SO **1, 2, 3** und **4 muss** mind. 0,40 m und max. 1,2 m unter der mittleren Höhe der das Grundstück erschließenden Verkehrsfläche liegen.
Im SO **5 wird** die Fertigfußbodenhöhe 0,60 m über Straßenniveau festgesetzt.
- Bei Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen ist der Bezugspunkt die oben festgelegte Fertigfußbodenhöhe (FFH).
- Die Firsthöhe der Gebäude im SO **1** darf 6,30 m nicht überschreiten (gemessen von FFH).
- Die Firsthöhe der Gebäude im SO **2** darf 3,90 m nicht überschreiten
- Die Firsthöhe der Gebäude im SO **3** darf 4,20 m nicht überschreiten
- Die Firsthöhe der Gebäude im SO **4** darf 4,80 m nicht überschreiten
- Die Firsthöhe der Gebäude im SO **5** darf 7,50 m nicht überschreiten.

4. Bauweise § 22 (4) BauNVO

- Es wird die offene Bauweise festgesetzt.

4.1. Baugrenze, Baulinie § 23 (2, 3) BauNVO

- Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch Baulinien und Baugrenzen festgelegt.

4.2 Überbaubare Grundstücksfläche GRZ, BauNVO § 19

GRZ:

Bezugsfläche SO **1**
Im Westen Grenze Geltungsbereich zur Kreisstraße, im Süden Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung zu SO **4** und SO **5**, im Osten Grenze Geltungsbereich zur Uferzone. Im Norden Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung zu SO **3.**

Bezugsfläche SO **2:**
Im Nordwesten Grundfläche von Grundstücksgrenze Straße (Geltungsbereich) bis Grundstücksgrenze Uferzone (Geltungsbereich) und im Süden die Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung zu SO **3** und SO **1** .

Bezugsfläche SO **3**
Im Norden Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung zu SO **2**, im Süden Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung zu SO **1**, im Osten Grundstücksgrenze und Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, im Westen Grenze Geltungsbereich zur Straße.

Bezugsfläche SO **4**
Im Westen Grenze Geltungsbereich zur Straße, im Süden zu SO **5**, im Osten zur Fläche für Landwirtschaft und im Norden Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung zum SO **1**

Bezugsfläche SO **5**
Im Westen Grenze Geltungsbereich zur Straße, im Osten Grenze Geltungsbereich zur Fläche für Landwirtschaft, im Süden Grenze Geltungsbereich zum Dorfgebiet, im Norden Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung zum SO **4.**

Mitzurechnen sind:
- Grundfläche Bebauung, Stellplatzflächen und ihre Zufahrten
- Nebenanlagen im Sinne § 14
- Eine Überschreitung der festgesetzten GRZ entsprechend § 19 (4) wird ausgeschlossen.

[illegible]

5. Verkehrswege und Flächen § 9 (1) Nr. 11 BauGB

- Die mit Geh- und Fahrrecht versehene Fläche dient den Anliegern der Flurstücke Nr. 9 und 10.

6. Versorgungsanlagen und Leitungen § 9 (1) Nr. 13 BauGB

Die der Versorgung des Gebietes dienenden Medien können an die vorhandenen, in der Straße anliegenden Leitungen angeschlossen werden.

7. Bauordnungsrechtliche und Baugestalterische Festsetzung - § 9 (4) BauGB i.V. mit § 86 LBauO M – V

7.1. Dächer

- Im Geltungsbereich des B – Planes sind (außer für den Schaftstall) nur Dächer mit symmetrischen Neigungswinkel zulässig. Die Neigungswinkel sind entsprechend den Nutzungsschablonen festgelegt und sind unbedingt einzuhalten. Die Giebel sind mit gleichen Dachneigungen symmetrisch zur Giebelachse auszubilden.
- Als Dachdeckung bei den Dächern mit Dachneigung sind Tondachziegel in roter und rotbrauner Farbe zulässig oder rote oder grüne Pappdeckung
- Als Grundlagen für die zulässigen Farbtöne bei den Tondachziegeln gelten die Farbwerte nach RAL 3003, 3004, 3005, 3009, 3011, 3011, 3013 und in sich gemischt.
- Alternativ kann Holzschalung mit entsprechendem Unterdach verwendet werden.
- Dachaufbauten sind nicht zulässig.

7.2. Außenwand und Fassadengestaltung

- Die Fassaden sind als geschlossene Wände mit stehend rechteckigen Öffnungen auszuführen.
- Aufgesetzte Rollladenkästen an den Hausfronten sind unzulässig.
- Eingebaute Rollladen sind in Holz zulässig.
- Die Fassaden sind in Holz herzustellen.
- Im SO **4** sind nur Gebäude in Holzbohlenbauweise zulässig
- Im SO **5** sind auch Fachwerkgebäude mit Holz, Putz oder Klinkerfüllung zulässig

7.3. Einfriedungen

- Entlang der Grundstücksgrenzen sind in den dafür vorgesehenen Bereichen Einfriedungen als lebende Hecken, ggf. mit Maschendrahtzaun an der Innenseite der Hecke, mit einer Höhe von max. 1,50 m auszuführen.
- Vollkommen geschlossene Zäune sowie nicht heimische Gehölze sind im Geltungsbereich des B – Planes unzulässig.

7.4. Müllbehälterstandplätze gem. § 86 LBauO M – V

- Müllbehälterstandplätze sind nur auf den dafür vorgesehenen Flächen zulässig.
- Der Blick auf die Müllbehälter ist durch geeignete Vorkehrungen (z. B. Sichtblenden, Bepflanzungen) allseitig und dauerhaft abzuschirmen.

7.5. Flüssigkeitsbehälter und Gastanks

- Diese Einrichtungen müssen so vorgesehen werden, dass sie nicht einsehbar sind und zumindest halb im Boden, an der Böschung zur Kreisstraße, eingegraben werden.
- Öltanks sind nicht zulässig

7.6 Werbeanlagen

- Großflächige Werbeanlagen (Großwerbeanlagen) sind nicht zulässig.
- Werbeschriften über der Traufhöhe der Gebäude und selbstleuchtende Werbeanlagen sind unzulässig.
- Werbeanlagen mit einer Fläche bis zu 2,00 / 2,00 m sind im SO ERH **2, 4** und **5** zulässig als Hinweis auf das Feriengebiet.

7.7 Umweltschutz

Die Anwendung von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln, Tausalzen oder tausalzhaltigen Mitteln ist unzulässig.

8 Geländeangleichung

Im Bereich SO **4** und SO **5** kann das Gelände entsprechend der Detailzeichnung so angeglichen werden, dass durch Abgrabung der natürliche Geländeversprung zur Straße hin verschoben wird.

9. Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 (6) BauGB

Gemäß § 11 Denkmalschutzgesetz Mecklenburg – Vorpommern ist der Finder archäologischer Denkmäler bzw. auffälliger Bodenverfärbungen sowie der Leiter der entsprechenden Arbeiten für die Benachrichtigung des Landesamt für Bodendenkmalpflege und für die Sicherung der Fundstelle verantwortlich.

10. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

10.1 Flächen für Landwirtschaft (§ 9 Abs. 1, Nr. 18 BauGB)

Die in der Planzeichnung festgesetzten Flächen für die Landwirtschaft sind in ihrem Bestand dauerhaft zu sichern. Innerhalb der Baugrenzen ist ein Schafstall zulässig.

10.2 Erhaltungsgebot (§ 9, Abs. 1, Nr. 25 b)

Die mit Erhaltungsgebot festgesetzten Gehölze sind entsprechend den Festlegungen der DIN 18920 und der ZTV - Baumpflege vor schädigenden Einwirkungen durch Baumaßnahmen zu schützen. Im Wurzelbereich zu erhaltender Bäume sind dauerhafte Höhenveränderungen des Geländes unzulässig.

10.3 Fällung außerhalb des Geltungsbereiches

Die Pappeln entlang der Straße dürfen erst kurz vor Baubeginn gefällt werden. Sie sind im unmittelbaren Anschluss durch die Neupflanzung einer Birken - Allee zu ersetzen. Die Neupflanzungen sind mit ihren Standorten zwischen den geplanten Grundstücks- und Parkplatzzufahrten einzuordnen. Fällung und Ersatzpflanzungen sind nicht Bestandteil der vorgelegten Eingriffs - Ausgleichsbilanzierung.
Es ist daher zu gegebener Zeit ein gesondertes Genehmigungsverfahren zu beantragen.

10.4 Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9, Abs. 1, Nr. 25 a)

Innerhalb der privaten Grünflächen sind für Strauch- und Baumpflanzungen nur Laubgehölze zulässig. Als Bäume sind je Grundstück zwei Obstbäume oder zwei andere kleinkronige Baumarten der folgenden Arten zu pflanzen:
Crataegus spec. (Weisdorn, Rotdorn, alle Arten)
Prunus padus (Gemeine Traubenkirsche)
Salix caprea (Salweide)
Sorbus aucuparia (Eberesche)

10.5 Hecken

Zur Abgrenzung der Grundstücke untereinander sind als Heckenpflanzung folgende Arten zulässig:
Carpinus betulus (Hainbuche),
Fagus sylvatica (Rotbuche),
Taxus baccata (Eibe).
Bei Verwendung anderer Arten kann die Fläche der Hecke nicht auf die zu bepflanzenden Anteile der Grundstücksfläche angerechnet werden und der Ausgleich muss anderweitig erbracht werden.

10.6 Pflanzgebot SO 6

Innerhalb der Grünflächen auf dem Stellplatz und in der neu zu pflanzenden freiwachsenden Hecke sind nur einheimische Gehölze der folgenden Arten zulässig:

als Sträucher:
Corylus avellana (Hasel),
Cornus sanguinea (Blutroter Hartriegel),
Crataegus laevigata (Zweigriffliger Weißdorn),
Eyonimus europaeus (Pfaffenhütchen),
Hippophae rhamnoides (Sanddorn),
Lonicera periclymenum (Wald - Geisbart),
Prunus padus (Gemeine Traubenkirsche),
Rosa canina (Hunds-Rose),
Sambucus nigra (Schwarzer Holunder),
Viburnum opulus (Gemeiner Schneeball)

sowie als Bäume :
Malus sylvestris (Wildapfel)
Prunus avium (Vogelkirsche)
Prunus cerasifera (Kirsch - Pflaume)
Pyrus pyraster (Holzbirne)
Sorbus aucuparia (Eberesche)

10.7 Pflanzgrößen im Pflanzgebot

Für die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern sind folgende Mindestgrößen zu verwenden:
- Wildobstbäume: Hochstämme, 2 x verpflanzt, 12 - 14 cm Stammumfang.
- Obstbäume und kleinkronige Laubbäume:, 2 x verpflanzt, 10 - 12 cm Stammumfang.
- Sträucher: Forstbaumschulware
- Zur Begrünung der Gasttanks sind niedrig wachsende Obststräucher (Ribes spec.) zu verwenden

10.8 Pflanzqualität im Pflanzgebot

Die Pflanzqualität muss den Gütebestimmungen des Bundes deutscher Baumschulen (BdB) entsprechen.

10.9

Zu pflanzende Bäume in zukünftig befestigten Flächen sind mit einer Baumscheibe v. mindestens 6 m² zu versehen, die als offene Vegetationsfläche anzulegen ist.

10.10

Für festgesetzte Pflanzgebote sind bei Abgang Ersatzpflanzungen vorzunehmen, es ist eine 3-jährige Fertigstellungs- und Entwicklungspflege sicherzustellen. Die freiwachsende Hecke ist gegen Wildverbiss einzuzäunen.

10.11

Der Oberboden ist in seiner wertvollen Funktion zu erhalten. Der Oberboden ist vor Beginn aller Erdarbeiten entsprechend DIN 18915 abzutragen und zur Wiederverwendung auf dem Grundstück zu lagern.

10.12

Fußwege, Stellplätze und andere zu befestigende Flächen der Baugrundstücke sind in wasser- und luftdurchlässigem Aufbau herzustellen. Die Wasser- und Luftdurchlässigkeit des Bodens wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterbau, Fugenverguss, Betonierung oder Asphaltierung sind unzulässig.

10.13

Oberflächenwasser ist auf dem Gelände des Geltungsbereiches zur Versickerung zu bringen.

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 15.08.2004. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Veröffentlichung im „Strelitzer Echo“ am 21.2. 2004.
Kratzeburg, den 03.04.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB beteiligt worden.
Kratzeburg, den 03.04.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

3. Die Gemeindevertretung hat am 02.02.06 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Kratzeburg, den 03.04.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 25.02.04 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert und über die öffentliche Auslegung in Kenntnis gesetzt worden.
Kratzeburg, den 03.04.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

5. Die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung haben in der Zeit vom 01.03.04 bis zum 31.03.04 während folgender Zeiten:

montags	9.00 Uhr – 12.00 Uhr
dienstags	9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 Uhr – 18.00 Uhr
mittwochs	keine Sprechzeit
donnerstags	8.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 Uhr – 15.30 Uhr
freitags	9.00 Uhr – 12.00 Uhr

nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegefrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 21.2.2004 im „Strelitzer Echo“ ortsüblich bekanntgemacht worden.
Kratzeburg, den 03.04.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

6. Der katastermäßige Bestand am 01.07.04 wird als richtig dargestellt bescheinigt.
Kratzeburg, den 03.04.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

7. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Anregungen der Bürger, sowie die Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange am 25.5.04 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
Kratzeburg, den 03.04.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

8. ~~Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung geändert worden. Daher haben die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung in der Zeit vom .... bis zum .... erneut öffentlich ausgelegen.~~
~~Kratzeburg, den ....~~ Bürgermeister

9. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 18.10.04 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertreterversammlung vom 18.10. 2004 gebilligt.
Kratzeburg, den 03.04.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

10. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 28.06.06 AZ: III 5.60.2GIW mit Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt.
Kratzeburg, den 29.06.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

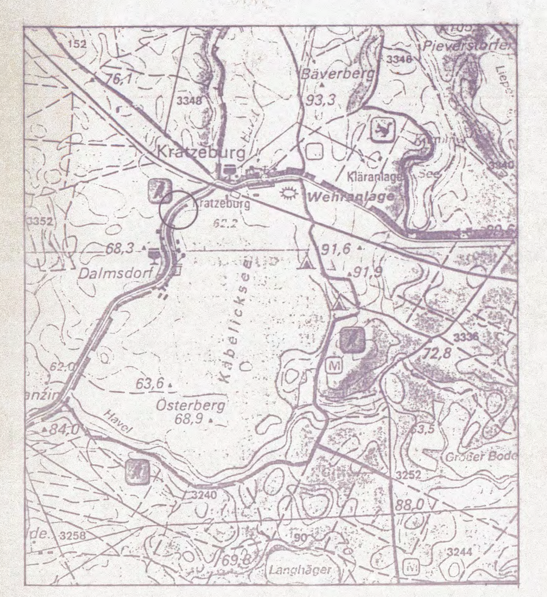
11. ~~Die Nebenbestimmung wurde durch den satzungsändernden Beschluss der Gemeindevertretung vom .... erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom .... AZ: .... bestätigt.~~
~~Kratzeburg, den ....~~ Bürgermeister

12. Die Satzung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.
Kratzeburg, den 29.06.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

13. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienstzeiten von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 15.07.06 im Strelitzer Echo bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln in der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 1 Nr. 9 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 17.07.06 in Kraft getreten.
Kratzeburg, den 18.07.06 (Siegel) (Unterschrift) Bürgermeister

GEMEINDE KRATZEBURG
LANDKREIS MECKLENBURG - STRELITZ

BEBAUUNGSPLAN NR. 01 / 2004
"Radler- und Kanustation Dalmsdorf"



STAND AUGUST 2004

Hans - Jörg Thierling Dipl. - Ing. fr. Arch. BDA
Dorfstr. 3, 17237 Granzin
Tel.: 03 98 22/2 02 75 / Fax: 03 98 22/2 02 76